

Bach, Stefan

Article

Übergewinnsteuer: Den großen Reibach abschöpfen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bach, Stefan (2022) : Übergewinnsteuer: Den großen Reibach abschöpfen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 102, Iss. 6, pp. 416-, <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3200-x>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/262886>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Übergewinnsteuer

Den großen Reibach abschöpfen?

Die stark gestiegenen Preise infolge des Ukrainekriegs bescherten den Energieunternehmen einen großen Reibach. Allein die als Big Oil bekannten fünf größten westlichen Ölkonzerne sollen im ersten Quartal 2022 rund 30 Mrd. Euro Gewinne gemacht haben. Auf der anderen Seite ächzen die Energieverbraucher:innen unter den hohen Kosten, die die Inflation kräftig anheizen. Da liegt es nahe, diese „Kriegsgewinne“ zumindest teilweise abzuschöpfen und zur Unterstützung von energieintensiven Unternehmen und einkommensschwachen Haushalten zu verwenden.

„Windfall Profits“ entstehen durch plötzliche Knappheit auf einzelnen Märkten oder in Krisenzeiten. Kriegsgewinnsteuern gab es während der beiden Weltkriege in vielen Ländern. Grundsätzlich kann man Zufallsgewinne ebenso wie systematische „ökonomische Renten“ hoch besteuern, etwa beim Boden, bei Monopolen und begrenztem Wettbewerb oder eben bei knappen Rohstoffen. Denn anders als Hersteller von innovativen Produkten – vom Smartphone bis zu den Coronaimpfstoffen – haben die Öl- und Gasanbieter keine besonderen Leistungen erbracht und sind keine großen unternehmerischen Risiken eingegangen. Derzeit profitieren sie von der tatsächlichen oder befürchteten Knappheit an Energie, der spekulativen Unsicherheit auf den Energiemärkten und ihrer Marktmacht.

Seit jeher erheben viele Länder spezielle Steuern auf die Rohstoffförderung. Das funktioniert gut – die Öl- und Gasquellen können ja nicht weglassen. Großbritannien hat seine Zusatz-Körperschaftsteuer auf die Öl- und Gasförderung gerade um 25 Prozentpunkte erhöht, andere Förderländer haben ähnliche Pläne. Auch in Deutschland gibt es Förderabgaben – vor allem auf die Erdgasgewinnung in Norddeutschland. Deren Aufkommen ist aber gering und die Förderung sinkt seit Jahren.

Für Deutschland und andere Länder ohne nennenswerte Förderung stellt sich die Frage, wie man an die üppigen Gewinne der internationalen Öl- und Gaskonzerne herankommt, die im Inland entstehen. Italien und weitere Länder wollen dazu eine Übergewinnsteuer einführen, die pauschaliert anhand der gestiegenen Netto-Umsätze erhoben wird. Dabei werden aber die Gewinne durch die stark gestiegenen Weltmarktpreise gar nicht erfasst. Belastet werden nur die Zusatzgewinne der inländischen

© Der/die Autor:in 2022. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Öl- und Gasanbieter, insoweit deren Deckungsbeiträge stärker gestiegen sind als die Weltmarktpreise, was vor allem aufgrund von Marktmacht möglich ist. Die neuesten Entwicklungen in Deutschland zeigen, dass da durchaus einiges zu holen ist – durch den unsäglichen „Tankrabatt“ sind die Margen der Anbieter wohl weiter gestiegen. Riesige Einnahmen wie in den Förderländern dürften damit aber nicht zu erzielen sein.

Zudem ist Deutschland bei der Einführung neuer Steuern deutlich unflexibler als andere Länder, da unser Steuersystem detailliert im Grundgesetz festgeschrieben ist. Eine besondere Übergewinnsteuer nur für Energieunternehmen ist kaum mit den bestehenden Unternehmenssteuern zu vereinbaren, die allgemein und gleichmäßig erhoben werden. Und eine Sonderabgabe im Rahmen des Energiewirtschaftsrechts passt auch nicht. Um hier Rechtssicherheit zu schaffen, müsste das Grundgesetz geändert werden. Das ist kurzfristig unrealistisch.

Höhere Zölle wären eine Alternative. Die könnte die EU schnell beschließen. Oder Deutschland könnte die Energiesteuer erhöhen – was allerdings angesichts des Tankrabatts ziemlich skurril wäre. Dann würden die Ölkonzerne aber auf andere Märkte ausweichen, sodass die Preise weiter steigen und die Zölle oder Energiesteuererhöhungen letztlich auf die Verbraucher:innen überwälzt werden. Diese Gefahr besteht auch bei den Übergewinnsteuern einzelner Importländer, wenn sie pauschaliert an den Umsätzen bemessen werden.

Im Übrigen sollte man nicht jeden tatsächlichen oder vermeintlichen Übergewinn gleich abschöpfen, denn hohe Preise signalisieren in der Marktwirtschaft Knappheit. Hohe Gewinne setzen Anreize für mehr Angebot. Da stellt sich die Frage: Wo fängt man an, wo hört man auf? So machen Landwirte und Lebensmittelhersteller derzeit gute Geschäfte, ebenso die Betreiber erneuerbarer Energien – Energiespartechnologien werden attraktiver. Zu groÙe Marktmacht soll das Kartellamt bekämpfen. Und Riesenvermögen weltweit stärker zu besteuern wäre auch keine schlechte Idee – aber das ist eine andere Baustelle. Den großen Reibach des fossilen Imperiums abzuschöpfen ist zwar grundsätzlich sinnvoll wie populär. Der Teufel steckt aber wie so häufig im Detail. In Deutschland scheitert eine Ad-hoc-Übergewinnbesteuerung der Energieanbieter schon an der unflexiblen Finanzverfassung. An die Riesengewinne der internationalen Energiekonzerne kommen Importländer wie Deutschland ohnehin kaum heran. Wir müssen eben schneller unabhängiger werden von den fossilen Rohstoffen – durch Energiesparen und den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Stefan Bach
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung